

## Ein Lichtblick für die Geberkantone

### Nationalratskommission will finanzstarken Kantonen entgegenkommen und sie etwas entlasten

Von Daniel Ballmer, Bern

Peter Hegglin ist fürs Erste zufrieden. «Das ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn wir ursprünglich eine grössere Entlastung verlangt hatten», sagt der Zuger Finanzdirektor. Der Entscheid der Nationalratskommission entspreche aber dem politisch Machbaren. «Mehr ist derzeit wohl nicht zu erwarten», ist sich Hegglin bewusst.

Immerhin: Die nationalrätliche Finanzkommission will den Geberkantonen beim Finanzausgleich (NFA) einen Schritt entgegenkommen. Deren Beitrag an den Ressourcenausgleich soll um 134 Millionen Franken gekürzt werden. Denn diese werden Jahr für Jahr stärker zur Kasse gebeten. Mittlerweile fliessen jährlich 3,8 Milliarden Franken vom Bund und den neun finanzstarken Kantonen zu den 17 Nehmerkantonen. Gegen diese Entwicklung haben sich die Geber immer wieder gewehrt – erfolglos. Jedes Mal sind sie von den Nehmerkantonen überstimmt worden.

«Wir wollten gegenüber den Geberkantonen ein Zeichen setzen», betonte Kommissionspräsident Leo Müller gestern in Bern vor den Medien. Für den Luzerner CVP-Nationalrat kann es nicht sein, dass die zahlende Minderheit immer überstimmt wird. Bei dem Entscheid von 16 gegen 9 Stimmen müssen gleich mehrere Kommissionsmitglieder aus Nehmerkantonen über den eigenen Schatten gesprungen sein.

### Bund soll nicht entlastet werden

Die Kommission folgt damit dem Antrag des Bundesrats für die Periode 2016–2019. Weil es selbst der finanzschwächste Kanton Uri in den letzten Jahren über die Zielgrösse von 85 Prozent des Schweizer Durchschnitts geschafft hatte, bezeichnete Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf den NFA als überdotiert. Die Zahler fühlten sich unfair behandelt, wenn die Umverteilung nicht reduziert wird, obwohl das System das seinerzeit ausgehandelte Mindestziel über längere Zeit übertrifft.

Die Nationalratskommission stimmt nun auch der Kürzung des Bundesbeitrags an den Ressourcenausgleich um 196 Millionen Franken zu. Dieses Geld soll aber gleich wieder in den Topf für soziodemografische Sonderlasten fließen. Im Gegensatz zu den Geberkantonen wird der Bund damit nicht entlastet – und die Nehmerkantone verlieren weniger Geld.

Damit kommt die Nationalratskommission zu anderen Schlüssen als noch der Ständerat in der Wintersession. Die Mehrheit der Vertreter aus den Nehmerkantonen hatte jede Entlastung der Geberkantone strikt abgelehnt. Das hatte das Fass zum Überlaufen gebracht: In einem Akt politischen Ungehorsams hatte der Zuger Kantonsrat Ende Januar beschlossen, einen Teil der NFA-Gelder auf einem Sperrkonto zu deponieren, «bis der NFA auf eine für alle Kantone faire und bundesverfassungskonforme Art neu geregelt und umgesetzt wird».

Zug blieb mit seinem Protest nicht allein. In Schwyz würden ähnliche Überlegungen angestellt, hatte etwa SVP-Ständerat Peter Föhn erklärt: «Ziviler Ungehorsam ist nicht mehr ausgeschlossen.» Auch in Basel-Stadt werde eine Standesinitiative für eine Anpassung des NFA erarbeitet, meldete die NZZ am Sonntag.

Die Zuger Regierung ist derzeit daran, Bericht und Antrag für ein NFA-Sperrkonto zu erarbeiten. «Davon rücken wir vorerst nicht ab. Wir haben einen Auftrag des Kantonsrats», stellt Finanzdirektor Hegglin klar. «Denn beim Beschluss der Kommission handelt es sich erst um einen Vorschlag und noch um keinen definitiven Entscheid.»

### Drohungen hätten nicht gewirkt

Solche Drohkulissen aus Geberkantonen hätten in der Kommission eine untergeordnete Rolle gespielt, versicherte Leo Müller gestern. «Solche demokratiepolitisch fragwürdigen Instrumente kommen nicht gut.» Es sei einzig darum gegangen, gegenüber den Gebern ein Zeichen zu setzen. Gleiches gilt für die grossen Städte. So stimmte die Kommission auch einer Standesinitiative des Kantons Waadt zu, welche eine bessere Berücksichtigung der Zentrumslasten sowie die Einführung eines Indikators der kantonalen Steuerbelastung fordert.

In der Frühlingssession wird sich der Nationalrat über die Vorschläge seiner Finanzkommission beugen. Sollte er ihr folgen und damit zu anderen Entscheiden als der Ständerat kommen, geht das Geschäft wieder in die kleine Kammer zurück. Das Feilschen um den NFA geht weiter.